

Mitglieder-Info

Mai 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,



zwei Monate nach den Wahlen zu Bürgerschaft und Bezirksversammlungen haben sich die politischen Verhältnisse für die nächsten vier Jahre geklärt: In Hamburg kommt es zur ersten schwarzgrünen Koalition auf Länderebene – ein Schelm wer da nicht an ein »Modell« für andere Bundesländer oder die Bundestagswahl 2009 denkt. Alle Spekulationen über Rot-Rot-Grün als (macht-) politische Option, die ja auch in unserer Partei im Wahlkampf noch eine Rolle spielten, ist damit die Grundlage entzogen. Die Grünen haben sich entschieden, stabilisierender Faktor des bürgerlichen Lagers zu sein.

Die Grünen haben diese Koalition im Wahlkampf nie völlig ausgeschlossen und die schwarzgrüne Ehe in Altona war dafür die Folie. Gerade aus Altona wissen wir, dass von dieser Koalition alles erwartet werden kann – nur keine Bekämpfung von sozialer Spaltung und Privatisierung.

So werden denn auch im Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün zwar kleine Schritte in Richtung ökologischer Modernisierung angekündigt und ein paar der größten von der CDU zu verantwortenden Fehlentwicklungen bei sozialer Spaltung (Sozialticket, kostenloses letztes Kita-Jahr, mehr Härtefallregelungen bei Büchergeld etc., Aufhübschung des Programms »lebenswerte Stadt«), Bildung, Privatisierung und Demokratie korrigiert. Mit einem Politikwechsel hat das allerdings nichts zu tun. Die sehr bescheidenen Ansätze, etwas gegen die sozi-

ale Spaltung zu machen, drohen zudem unter dem Diktum der Haushaltszwänge ins Gegenteil umzuschlagen.

Mit der Bildung eines schwarz-grünen Senats auf Landesebene, sind auch die Weichen für die Fortsetzung der schwarz-grünen Ehe in Altona gefallen. Erste Eindrücke von dem, was das für den Bezirk praktisch bedeutet, könnt ihr den Berichten Robert Jarowoys aus den ersten beiden Sitzungen der Bezirksversammlung in diesem Info entnehmen.

Wir werden den schwarzgrünen Koalitionsvertrag in Vorstand und Mitgliederversammlung diskutieren, um Schlussfolgerungen für die Landes- und Bezirksebene zu ziehen. Eine erste Einschätzung zu Schwarz-Grün findet ihr am Ende dieses Infos. Mitte Juni wollen wir dann in einer offenen Klausurtagung von Partei und Fraktion die Situation im Bezirk diskutieren und über die politischen Schwerpunkte der nächsten Zeit entscheiden.

Wir werden als LINKE – das war schon die Quintessenz unseres Altonaer Wahlprogramms – die Politik von Schwarz-Grün kritisch begleiten, über ihre Implikationen und Folgen aufklären und vor allem unsere eigenen Vorstellungen für einen Politikwechsel – gegen soziale Spaltung und Privatisierung in jeder Form, für Rekommunalisierung, Eine Schule für alle und mehr Demokratie – in die politische Auseinandersetzung einbringen.

Um eine erfolgreiche Oppositionsarbeit zu gewährleisten und dem Vertrauen, das uns viele BürgerInnen in den Wahlen entgegengebracht haben, gerecht werden zu können, sind Parteivorstand und Bezirksfraktion dabei, die in- und externen Kommunikations- und Organisationsstrukturen zu verbessern und an die neuen Herausforderungen anzupassen. Für den neu gewählten Parteivorstand (siehe nachfolgenden Bericht) wie auch die Fraktion steht dabei im Vordergrund, die politische Arbeit in Bezirk und Rathaus transparent zu gestalten, im Bezirk – vor allen auch in den sozialen Brennpunkten – präsent zu sein und in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Initiativen usw. die sozialen und ökologischen Schief lagen zu skandalisieren und Alternativvorschläge zu entwickeln.

Ein wichtiger Baustein wird dabei die Eröffnung der Büros von Partei und Fraktion Mitte Mai sein. Unsere neue Adresse lautet ab sofort: Am Felde 2, 22765 Hamburg (über den genauen Eröffnungstermin informieren wir noch). Daneben suchen wir nach Möglichkeiten, um vor allem in den sozialen Brennpunkten (Altona-Altstadt und -Nord, Osdorf, Lurup) regelmäßig Bürgersprechstunden und Beratungsangebote durchführen zu können. Wir arbeiten an einer vernünftigen Internetpräsenz und einem regelmäßigen Newsletter.

Auch die innerparteilichen Diskussionsprozesse und Willensbildung wollen wir verbessern. Wir haben inzwischen 220 Mitglieder und sind damit der größte Hamburger Bezirksverband. Mitgliederbetreuung und -information (z.B. re-

gelmäßiges Mitgliederinfo), Angebote für Neumitglieder, Bildungsangebote u.a. sind daher unverzichtbar. Darüber hinaus müssen wir klären, wie zukünftig die Arbeit von Bezirk und Stadtteilgruppen abgestimmt werden kann.

Zwei wichtige innerparteiliche Veranstaltung stehen kurz bevor: Am 17./18. Mai ist Landesparteitag (u.a. mit Neuwahlen des Vorstands) und am 24./25. Mai Bundesparteitag in Cottbus. Für den Landesparteitag wollen wir evt. noch ein Delegiertentreffen, das offen für alle ist, organisieren und über den Bundesparteitag und seine Hauptkonfliktlinien auf unserer Mitgliederversammlung am 19. Mai diskutieren.

Es gibt also viel zu tun – und die notwendigen nächsten Schritte (z.B. Renovierung und Einrichtung des neuen Büros) verursachen Kosten, die durch die Fraktionsspenden und Mitgliederbeiträge allein nicht zu finanzieren sind. Wir bitten Euch deshalb zu prüfen, ob ihr uns finanziell unterstützen könnt.

Konto: DIE LINKE.Landesverband Hamburg
SEB-Bank Hamburg-Altona (Blz 200 101 11)
Kto-Nr. 1699 27 2100

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß/Bernhard Müller

(SprecherInnen Bezirksvorstand Altona)

P.S. Weitere Infos und Adressen: <http://www.hier-ist-die-linke-hamburg.de/archiv/website.php?id=/de/bezirk/altona.html>

Aus der Partei und dem Bezirk Altona

Neuer Bezirksvorstand DIE LINKE.Altona gewählt

Am Samstag, 12. April, hat DIE LINKE.Altona auf einer außerordentlichen Bezirksmitgliederversammlung ihren neuen Vorstand gewählt. Dies war notwendig geworden, da wir nach einem engagierten Wahlkampf bei der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl ein überzeugendes Votum erhalten haben (7,5% bei der Wahl zur Bürgerschaft; 9,2% bei der Wahl zur Bezirksversammlung) und mit fünf VertreterInnen in die Bezirksversammlung Altona eingezogen sind. Da die Parteisatzung die Trennung von Amt und Mandat vorsieht, können die Mitglieder der Bezirksversammlung nicht gleichzeitig im Vorstand tätig sein.

Für den Erfolg der Partei war entscheidend, dass sie die Themen soziale Spaltung und Privatisierung sowie eine konsequente Friedenspolitik ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt hat. Sie werden auch die zukünftige Arbeit von Partei und Bezirksversammlungsfraktion bestimmen. Darüber bestand in der Diskussion über den Rechenschaftsbericht des alten Vorstands große Einigkeit.

Mit jeweils deutlichen Mehrheiten erhielt der neue Vorstand ein überzeugendes Votum. Als SprecherInnen wurden Beate Reiß und Bernhard Müller gewählt. Schatzmeister bleibt Gerd Lauermann. Die weiteren Mitglieder des Bezirksvorstands sind: Aysche Burgucuoglu, Susanne David, Werner

Haertel, Dirk Kölsche, Hamide Scheer, Volker Vödisch und Birgit Wulf.

Des Weiteren wählte die Versammlung insgesamt 22 Delegierte für den Hamburger Landesparteitag im Mai: Ada Beraun, Marcel Bois, Aysche Burgucuoglu, Irfan Cüre, Susanne David, Anita Friedetzky, Angelika Gericke, Norbert Hackbusch, Hildegard Heinemann, Robert Jarowoy, Gerd Lauermann, Bernhard Müller, Beate Reiss, Brigitte Reiss, Annette Michael Sauer, Annette Sawatzki, Hamide Scheer, Gerhard Schroeder, Karsten Strasser, Volker Vödisch, Birgit Wulf und Stefan Ziefle. Ersatzdelegierte sind: Werner Haertel, Eckhard Held, Robert Krause, Eckhard Fey, Horst Schneider, Hans-Dieter Wiechers, Frank Löding, Hans-Jürgen Podszuweit. Außerdem wurden Anita Friedetzky und Robert Krause als Delegierte für den ebenfalls im Mai stattfindenden Bundesparteitag in Cottbus bestimmt.

Die inhaltliche Vorbereitung für diese beiden für die Kursbestimmung der Partei wichtigen Veranstaltungen soll im Rahmen der nächsten Mitgliederversammlung erfolgen.

Schließlich nominierte der Bezirksparteitag Marcel Bois als zukünftigen Vertreter Altonas für den Landesvorstand, der auf dem Landesparteitag noch in Einzelwahl gewählt werden muss. Wolfgang Ziegert und Peter Beutler werden die Parteikasse prüfen.

Aus der Fraktion der Bezirksversammlung

Bezirksversammlung Altona 24.4.08

Beginn mit einer *Bürgerfragestunde*. Vortrag der Initiative „Ohne Dach gibt's Krach“ mit Fragen an die Parteien, was sie zu tun gedenken, um den *Autobahndeckel* über die A4 vom Elbtunnel bis nach Eidelstedt durchzusetzen.

SPD, CDU, GAL und FDP erklären, dass sie alles tun wollen, dafür aber leider die Kleingärten an der Behringstraße verkauft werden müssten.

Die Linke erklärt, dass sie selbstverständlich die Überdeckung der Autobahn befürwortet – sowohl wegen der Lärmbelastigung der AnwohnerInnen als auch wegen der Zerschneidung des Stadtteils Bahrenfeld –, dass aber der Verkauf der Kleingartenkolonie indiskutabel sei. Zum einen gibt es auch dort eine Initiative „Apfelbaum braucht Wurzelraum“, was auf dem Deckel nicht möglich wäre, wo man höchstens Stiefmütterchen pflanzen könne. Zum anderen ist die Kleingartenkolonie eine grüne Lunge, die direkt an Ottensen grenzt und erhalten werden muss. Um Hamburgs Anteil an den Kosten des Deckels, der überwiegend aus bereits bewilligten Bundesmitteln finanziert wird, aufzubringen, könnte man den Deckel mit Tennisanlagen oder dergleichen bestücken, die auch Geld bringen, und außerdem habe man Leuchtturmprojekte wie Hafencity, U4 oder Elbphilharmonie auch aus Haushaltsmitteln finanzieren können.

Zwischenrufe von der CDU und GAL: „Keine Ahnung von Gegenfinanzierung“

Antrag von CDU und GAL, die Fußgängerzone in der Ottenser Hauptstr. durch Neupflasterung und andere bauliche Maßnahmen aufzuwerten. Zur Finanzierung solle ein Private-Public-Partnership-Modell erarbeitet werden.

SPD unterstützt den Antrag, möchte aber die Schau-Werbestände der kleinen Läden nicht einfach abreißen lassen.

Die Linke erklärt, dass sie so ein Vorhaben nicht mit Private-Public-Partnership durchgeführt haben möchte, da dann absehbar sei, dass der Mailänder Pirelli-Konzern, der bereits den Altonaer Bahnhof, das ehemalige Güterbahnhofsgebiet, das Mercado und das inzwischen abgerissene Bismarckbad sowie große Teile des Elbstrandes gekauft hat, auch noch die Kontrolle über die Ottenser Hauptstraße bekäme und natürlich dafür sorgen würde, dass sich dort keine mißliebigen Infostände, Straßenmusiker oder gar Bettler aufhalten dürften.

Höhnische Erwidern von der GAL, Pirelli würde wohl schon in unseren Wohnungen als Nachtgespenst herumgeistern, Polemik von der CDU, dass wir überhaupt nicht wüssten, was Private-Public-Partnership eigentlich bedeute. Es sei vollkommen lächerlich, zu unterstellen, dass öffentliche Flächen von privaten Investoren kontrolliert werden könnten.

Antrag der SPD, den Wahlkreis 4, der bisher unter der Bezeichnung „Blankenese“ firmierte, in „Elbvororte“ umzubenennen.

Die Linke erklärt, dass es auch im Wahlkreis 3 (Altona) Elbvororte gebe, nämlich Ottensen, Othmarschen und Flottbek,

und die Stadtteile Lurup und Osdorf im Wahlkreis 4 keine Elbvororte seien. Deswegen der Vorschlag, den Wahlkreis 3 in „Altona-Ost“ und den Wahlkreis 4 in „Altona-West“ umzubenennen.

Gelächter von der CDU und der GAL „Wir sind doch nicht in der Ostzone“, aber gönnerhafte Würdigung seitens des CDU-Fraktionschefs, dass unsere Definition der Elbvororte korrekt sei. Der Antrag wurde zur weiteren Diskussion in den Hauptausschuss verwiesen.

Antrag der SPD, den Senat aufzufordern, eine Stadtbahn schienenengebunden über die Arenen im Volkspark bis nach Lurup und Osdorf einzurichten.

Gegenantrag von CDU und GAL, eine Stadtbahn lediglich bis zu den Arenen zu führen, da alles darüber Hinausgehende illusorisch sei. Die Stadtbahn bis zu den Arenen könne aber angeblich gebaut werden.

Die Linke verweist darauf, dass es bis in die 1970er Jahre eine Straßenbahnbindung von Lurup und Osdorf gegeben habe und, dass es in europäischen Großstädten wie Wien eine erheblich bessere schienengebundene Anbindung von Vororten und Sportstätten gebe mit teilweise unterirdischer teilweise oberirdischer Streckenführung. Die GAL behauptet, dass das technisch gesehen Quatsch sei. Die FDP bestreitet dies und erklärt, dass in Wien auch Autobahndeckel ganz selbstverständlich umgesetzt worden seien.

CDU und GAL setzen sich mit ihrer Mehrheit durch.

CDU und GAL beantragen, dass das Bürgerhaus Osdorf unter Beteiligung der Kinder und Jugendlichen geplant werden solle.

Die Linke erklärt, dass es begrüßenswert ist, dass man diese Beteiligung, die gesetzlich vorgeschrieben ist (§33 Bezirksverwaltungsgesetz) und die im Zusammenhang mit einer großen Anfrage der Linksfraktion eingefordert wurde (hier ging es um die Einrichtung von 14 Parkplätzen auf einem Schulhof) nunmehr offensichtlich ernst nehme.

Zwischenrufe aus der CDU: „Den Antrag haben wir schon vor der Anfrage Der Linken gestellt.“

Änderungsantrag Der Linken, dass man den auf den eigenen Antrag eingerichteten Regionalausschuss Osdorf/Lurup/Iserbrook mit einbeziehen müsse mit der Maßgabe der Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments und die Angelegenheit nicht bloß dem Jugendhilfeausschuss überlassen solle.

Der Änderungsantrag wurde angenommen.

Die GAL beantragt, dass 5.200 Euro zurückgeflossene, weil nicht abgerufene Sondermittel für die Leuchtreklame des Lichthof-Theaters bereitgestellt werden sollten.

Die Linke beantragt, dass der Antrag in den Kulturausschuss verwiesen wird, um dort zu diskutieren, ob es angesichts der knappen Mittel für Kultureinrichtungen wirklich sinnvoll ist, soviel Geld für die Leuchtreklame eines einzigen Theaters auszugeben.

Dies stößt bei allen anderen Parteien auf große Empörung, da das Theater ganz unkommerziell sei und ohne eine Leuchtreklame für 5.200 Euro nicht überleben könne.

Unser Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Einige weitere, inhaltlich unstrittige Tagesordnungspunkte ohne Debatte folgen, bis der *nichtöffentliche Teil der Versammlung* erfolgt. Da ich über diesen nicht berichten darf, gebe ich hier nur den Wortlaut unseres Antrages wider, der nach längeren Ausführungen des Bezirksamtsleiters und pöbelnden Beiträgen von CDU und GAL sowie vorsichtig distanzierter seitens der SPD abgelehnt wurde.

*Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona*

*A/BVG/12.52-10,2
Drucksache XVIII-024
Datum 24.04.2008*

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

- nicht-öffentlich/vertraulich -

*Nähere Bestimmung der Informationspflicht des Bezirksamts
(§ 19 Abs. 1 BezVG)*

Einen Bauantrag in Verbindung mit einer sich über Monate erstreckenden Veranstaltung mit Tausenden BesucherInnen dem Bauausschuss erst zu einem Zeitpunkt vorzulegen, wo die Ablehnung zu einem hohen Insolvenzrisiko für den Antragsteller wird, ist ein Unding. Wenn die Bauprüfkommission darüber hinaus monatelang mit dem Antragsteller über Details des Bauantrages in einer Weise verhandelt, die ihn dazu verleiten - im Vertrauen auf die alleinige behördliche Entscheidungsgewalt - bereits (Vor-)Verträge abzuschließen, wird vom Amt massiv die Informationspflicht nach § 19 Abs. 1 BezVG verletzt.

Im Zuge der anstehenden Änderung der „Vereinbarung nach § 19 (1) BezVG über die Informationspflicht des Bezirksamtes gegenüber der Bezirksversammlung“ wird deshalb beantragt, die folgende Erläuterung als 3. Absatz unter Aufzählungspunkt 1. hinzuzufügen:

Alle Anträge an die Verwaltung sind immer dann von grundsätzlicher Bedeutung, wenn sie direkt oder in ihrer Konsequenz ein über private Belange hinausgehendes öffentliches Interesse bzw. das Gemeinwohl betreffen.

Begründung:

Wenn die o. e. Veranstaltung in einem reinen, eher unterprivilegierten, Wohngebiet stattfinden soll und auf ein völlig standortfremdes aus der ganzen Republik zusammengeholtes Reichen-Publikum ausgerichtet ist, wird dies doppelt problematisch und ist von grundsätzlicher Bedeutung, weil es die Aspekte Gentrification und Segregation eines Wohnquartiers betrifft. Darüber hinaus stört es unmittelbar das Ruhebedürfnis der Anwohner. Die verkehrspolitische Sicherheit der AnwohnerInnen und die Parkplatzsituation vor Ort wird in nicht überschaubarer Weise verschärft.

Eine ausführlichere mündliche Begründung wird im Plenum gegeben.

Petition: Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.

Aus der Bezirksversammlung Altona und den Fachausschüssen zwei Monate nach der Wahl

Von Robert Jarowoy, Vorsitzender der Linksfraktion, Mitglied im Hauptausschuss, Ältestenrat, Bauausschuss und Stadtplanungsausschuss

Als ich am Rande einer der vielen Sitzungen mit der Reporterin des Altonaer Wochenblattes sprach, sagte mir diese, dass sie ohne ihre berufliche Verpflichtung, sich dies alles immer anzuhören, bis heute garantiert nicht gewusst hätte, was so eine Bezirksversammlung eigentlich macht. Und wenn das schon die kommunalpolitisch interessierte Lokalreporterin von sich sagt, dürfte es für die Mehrheit überwältigende der Bevölkerung erst recht gelten.

Also: Was tut, darf, kann so eine Bezirksversammlung?

Leider sehr wenig, denn in Hamburg gilt seit der Zeit des Faschismus die sog. Einheitsgemeinde, die besagt, dass die Selbstverwaltungsrechte der Kommunen, wie sie das Grundgesetz definiert, in Hamburg nicht für die Bezirke, sondern für die „Kommune Hamburg“ gilt. Das bedeutet, dass die Bezirke nicht wie ländliche Kommunen in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen über die Gewerbesteuer einen eigenständigen Haushalt erheben und unabhängig von der Landesregierung darüber verfügen können, sondern lediglich gewisse Sondermittel vom Senat zugewiesen bekommen.

Genauso verhält es sich in bezug auf die Liegenschaften. Jeglicher öffentlicher Besitz befindet sich in der Verfügungsgewalt der Hamburger Finanzbehörde. Der Bezirk hat lediglich im Planungsbereich und bei der Vergabe von Baugenehmigungen zu entscheiden - allerdings nur dann, wenn der Senat die Angelegenheit wegen ihrer übergeordneten Bedeutung nicht an sich zieht. So geschehen beim Bismarckbad, wo der Bürgerentscheid zugunsten des Erhalts des Bismarckbades den gegenteiligen Beschluss der Bezirksversammlung von CDU und GAL außer kraft gesetzt hatte, dann aber wiederum vom Senat wegen der angeblich übergeordneten Bedeutung der Angelegenheit wieder aufgehoben wurde. Dass die übergeordnete Hamburger Bedeutung eines bezirklichen, nämlich Altonaer Schwimmbades lediglich in der Höhe der vom Käufer gezahlten Schmiergelder bestanden haben dürfte, ist augenfällig.

Was die Geldmittel anlangt, so verfügen die Fachausschüsse der Bezirksversammlung, die hier in der Regel stellvertretend für die Bezirksversammlung agieren, so gut wie über gar keine. Der Kulturausschuss kann hier mal ein paar hundert Euro Zuschuss für ein Straßenfest, ein Plakat oder eine Broschüre bewilligen, mehr hat er nicht. Alle öffentlichen kulturellen Einrichtungen unterstehen der Hamburger Kulturbehörde und werden von dieser finanziert, geschlossen und verkauft. Der Bezirk hat diesbezüglich noch nicht einmal ein Mitsprache-, sondern lediglich Empfehlungsrecht. Ähn-

lich sieht es in anderen Ausschüssen aus. Wenn der Verkehrsausschuss die Einrichtung einer Tempo-30-Zone beschließt, hängt die Umsetzung davon ab, ob die Polizei dies akzeptiert. Und die Polizei untersteht natürlich der Innenbehörde.

Ein weiterer Aspekt, der die Möglichkeiten der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse einschneidend beeinträchtigt, ist die sog. Vertraulichkeit, die besagt, dass alle an die Behörde gerichteten Anträge, die von der Bezirksversammlung bzw. ihren Ausschüssen genehmigt werden müssen, von der Behörde für vertraulich erklärt werden können. D.h., dass die Abgeordneten bis zur endgültigen Bescheidung in der Öffentlichkeit und mit den Betroffenen nicht darüber sprechen dürfen und im nachhinein auch nicht sagen dürfen, wer wie argumentiert und abgestimmt hat. In der Praxis sieht das so aus, dass das Bauamt sämtliche eingehende Bauanträge ausnahmslos für vertraulich erklärt. Die Sitzungen des Bauausschusses sind generell nicht öffentlich, und die Sitzungen des Stadtplanungsausschusses werden nach ein paar Begrüßungsworten in der Regel ebenfalls für „nicht öffentlich“ erklärt. Bei Zuwiderhandlungen bzw. Verstoß gegen das Vertraulichkeitsgebot droht der Ausschluss aus dem Ausschuss sowie strafrechtliche Konsequenzen. Hintergrund ist der vorrangige Schutz des privaten Eigentums gegenüber den Interessen der Öffentlichkeit.

Dies gilt lediglich nicht bei stadtteilweiten Gesamtplanungen (z.B. Große Bergstrasse, Osterkirchenviertel, Osdorfer Born usw.), die in Bebauungspläne münden, wo allgemeingültige Strukturen festgelegt werden, z.B. die Ausweisung von öffentlichen Grünflächen, Gewerbe- und Wohnraum oder die zulässige Geschosshöhe in bestimmten Straßenzügen. Diese Bebauungspläne werden öffentlich ausgelegt und können bei Bürger- bzw. Anwohner-Anhörungen diskutiert werden.

Allerdings nützt der schönste Bebauungsplan nichts, wenn er hinterher im konkreten Einzelfall durch sog. Befreiungen wieder außer Kraft gesetzt wird. Diese Befreiungen schlägt die Behörde vor. Der Bauausschuss bzw. die Bezirksversammlung genehmigen sie. Deswegen wird der Bauausschuss im Volksmund nicht von ungefähr „Korruptionsausschuss“ genannt. Dass man mich in diesem Gremium nicht zu korrumpieren zu versuchen braucht, liegt an den Mehrheitsverhältnissen. Die Linke hat eine Stimme von 14 (5 CDU, 4 SPD, 3 GAL, 1 Die Linke, 1 FDP). Dass der Linken in einem der 14 Fachausschüsse nach dem Berechnungsverfahren Hare-Niemeyer ein Ausschussvorsitz zusteht und dieser ausgerechnet mir im Bauausschuss zugefallen ist, entbehrt zwar nicht einer gewissen Komik, hat aber keinerlei Bedeutung, da ich im Zweifelsfall sowieso überstimmt werde und inhaltlich über nichts sprechen darf, was dort zusammengebraut wird.

Debatte: Neue Wege für Hamburg?

Das erste schwarz-grüne Regierungsbündnis auf Länderebene

von Joachim Bischoff und Bernhard Müller

Die von CDU und Grünen gewollte Koalition hat eine Vorgeschichte. In Hamburg wird auf Landesebene umgesetzt, was in den Hamburger Bezirken Altona und Harburg schon seit vier Jahren reibungslose Praxis ist. Die schwarzgrünen Akteure in Hamburg behaupten, die Region sei bei der neuen Konstellation in guten Händen. Trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte würden »neue Wege« beschritten und das Regierungsbündnis verfolge das Ziel, die ökologisch-soziale Zerklüftung der hanseatischen Gesellschaft zu überwinden. »CDU und GAL sind durch unterschiedliche politische Erfahrungen und Ideen geprägt. Wenn sie dennoch zusammenarbeiten, müssen und wollen sie sich auf Neues einlassen.«

Dagegen vertreten wir die These: Der Koalitionsvertrag enthält wenig Neues und ist nicht ansatzweise ein Kompass für einen Politikwechsel. Im Gegenteil: Neoliberale Politik – gleich in welcher Version – hat eine massive soziale Spaltung produziert und mit einer moderaten ökologischen Modernisierung wird weder die negative Entwicklung bei der Naturzerstörung noch die massive Beschädigung von gesellschaftlicher Arbeit und sozialer Sicherheit gestoppt.

Mit Schwarz-Grün wird es bei den gravierendsten Fehlentwicklungen in Sachen Armut und sozialer Ausgrenzung kleine Verbesserungen geben, der CDU-Politik der Verschärfung der sozialen Spaltung werden gleichsam die skandalösesten Spitzen abgebrochen.

- Geplant ist die Wiedereinführung des Sozialticket.
- Das letzte Jahr im Kita- bzw. Vorschulbereich soll gebührenfrei werden. Vor allem will man Migrantenkindern zusätzlichen Förderbedarf gewähren.
- Mit Härtefallregelungen soll auf Kinderarmut, Büchergeld etc. reagiert werden.

Das reicht alles nicht. Eine Politik, die aktiv die soziale Spaltung angeht, erfordert im ersten Schritt zumindest ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder in den Kitas, die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit und der Fahrtkostenzuschüsse für SchülerInnen sowie ein Sozialticket für 15 Euro – alles Maßnahmen, deren Finanzierung nur kleinere Umschichtungen im Haushalt erfordern.

Die Politik der moderaten Korrektur der sozialen Spaltung verspricht den besonders benachteiligten Stadtteilen eine Aufstockung ihrer Ressourcen (Programm »lebenswerte Stadt«) zur besseren Verwaltung der Armut.

Bei grundsätzlicher Fortführung der Niedriglohnpolitik des alten CDU-Senats will Schwarz-Grün zukünftig Mittel der Arbeitsmarktpolitik für die Förderung von Quartiersarbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen verwenden. Die in Aussicht gestellte Verbesserung der Lage in den betroffenen Stadtteilen ändert an der Grundtendenz der soziale Polarisierung nichts. Wollte man sie umkehren, müssten u.a. die Ein-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäfti-

gungsverhältnisse ersetzt, öffentliche Beschäftigung mit tarifvertraglich geregelten Einkommens- und Arbeitsbedingungen ausgedehnt und Mittel der Arbeitsmarktpolitik verstärkt für Qualifizierungsmaßnahmen verwendet werden.

Bildung

Dass Schwarz-Grün im Kitabereich einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für Kinder ab zwei Jahre und ein kostenloses vorschulisches Jahr einführen will, ist zu begrüßen. Auch die für den Schulbereich geplante grundlegende Strukturreform mit Primarschule (sieben Jahre gemeinsames Lernen - von der Vorschule bis Klasse sechs), Gymnasium und Stadteilschule kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Verbesserung gerade für die soziale benachteiligten SchülerInnen bringen.

Mit der verabredeten Strukturreform ist Schwarz-Grün allerdings auf halber Strecke in Richtung »Eine Schule für alle« stehen geblieben. Sie kann nur dann einen ersten Schritt in Richtung »Eine Schule für alle« bedeuten, wenn bestimmte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehören eine deutlich bessere finanzielle und materielle Ausstattung der Schulen und entschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts (kleinere Klassen, mehr Personal für die individuelle Förderung etc.). Passiert dies nicht, kommt es zu einer erneuten Privilegierung der Gymnasien, gegen die sich bisher auch die GAL ausgesprochen hat. Es droht dann eine massive Verstärkung der sozialen Spaltung schon ab Klasse 0 (=Vorschule), wie sie in den von der Koalition vorgesehenen drei Formen der Primarschule angelegt ist.

»Intelligente Privatisierung«

CDU und GAL wollen in der kommenden Legislaturperiode auf weitere Privatisierungen (etwa von SAGA/GWG oder UKE) verzichten. Gleichzeitig setzt Schwarz-Grün in verschiedenen Politikfeldern auf Public Private Partnership-Modelle, so etwa bei der Beseitigung des Sanierungsstaus beim Schulbau oder bei der »Erhöhung des Anteils preisgünstiger und familienfreundlicher Wohnungen in der Hafencity.« Die grüne Spitzenpolitikerin Hajduk nennt dies »intelligente Privatisierung«. Bei dieser grünen Version des Neoliberalismus werden nur die privaten Investoren bereichert und die Finanzierungsprobleme der Stadt in die Zukunft verschoben.

Von der von den Grünen angekündigten Kontrolle der Energiekonzerne ist wenig übrig geblieben. Faktisch wird durch den Koalitionsvertrag bestätigt, dass die CDU durch die Politik für ein neues Kohlkraftwerk und die Vergabe der Wegerechte für Gasleitungen etc. den Handlungsspielraum der Politik auf Jahre massiv beschnitten hat.

Demokratie

Über die Verbindlichkeit von Volkentscheiden will der neue Senat mit der »Volksinitiative für faire und verbindliche Volkentscheide« sowie den Fraktionen der Bürgerschaft verhandeln, um zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen. Mit den Vorhaben aus dem neuen Koalitionsvertrag werden zudem die schlimmsten Auswüchse der Innen- und Justizpolitik

des alten CDU-Senats beseitigt. Dies betrifft u.a. den Umgang mit Flüchtlingen.

»Ökologische Modernisierung« und »intelligente Schuldenbremse«

Vom Gewicht her dominieren im Koalitionsvertrag Maßnahmen der ökologischen Modernisierung. Das reicht vom Ausbau der Fahrradwege über Maßnahmen zum Schutz von Elbe und Klima bis hin zum Bau einer Stadtbahn. Vieles von dem, was hier beabsichtigt ist, ist sinnvoll und gut, steht allerdings - wie so vieles im Koalitionsvertrag - unter Finanzierungsvorbehalt. Denn grundsätzlich will Schwarz-Grün an der Politik der »Haushaltskonsolidierung« festhalten: »Die Koalitionspartner sind sich einig, dass im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik grundsätzlich nur ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung aufgestellt werden sollen. Wenn (...) als ultima ratio Kreditaufnahmen nötig sind, wird eine intelligente Schuldenbremsenregelung vereinbart, um sicherzustellen, dass es nicht zu unkonditionierter Verschuldung kommt.«

Auf die »intelligente Schuldenbremsenregelung« wird Schwarz-Grün schon sehr schnell zurückkommen müssen. Die Koalitionsabsprachen wurden getroffen ohne Kassensturz, ohne eine Konzept für Haushaltsumschichtungen und - vor allem - ohne Vorschläge für eine Verbesserung der Einnahmen des Hamburger Haushalts. In Euro ausgedrückt geht es bei der in Aussicht gestellten schwarzgrünen »Reformpolitik« (zusätzlich zu den bisher von der CDU verfolgten Haushaltsansätzen) um folgende Größenordnungen:

Gebührenfreies Vorschuljahr	15 Mio. €
Einnahmenausgleich für Studiengebühren an Hochschulen	37 Mio. €
Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung ab 2 Jahren	3 Mio. €
Armutsbekämpfungsprogramm	15 Mio. €
Soziales Stadtteilentwicklungsprogramm	10 Mio. €
Stiftung zur Verbesserung des ökologischen Zustands der Elbe	10 Mio. €
Verkehrsprojekte	500 Mio. €
Umstrukturierung der Schullandschaft	300-500 Mio. €

Angesichts des bevorstehenden ökonomischen Abschwungs und einer ungeklärten Kassenlage droht eine schnelle Rückkehr zu der vom CDU-Senat bekannten Politik: »Haushaltskonsolidierung« zu Lasten der armen und sozial ausgegrenzten Menschen.

Und über Hamburg hinaus?

Die schwarzgrüne Grundkonzeption stößt auf Skepsis oder gar heftige Kritik in Teilen des bürgerlichen Lagers. Von Beust und Co. wird Verrat des bürgerlichen Neoliberalismus an die Grünen vorgeworfen. Deutliche Zustimmung am schwarz-grünen Bündnis in Hamburg kommt dagegen aus der grünen Partei. Nach einer aktuellen Umfrage stehen 72% der befragten Grünen-WählerInnen dem Hamburger Modell posi-

tiv gegenüber. Die Grünen haben vor Jahr und Tag ihre Vorbehalte gegenüber Militärinterventionen und einer Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen aufgegeben. Nun folgen im Verbund mit der Vision einer »grünen Marktwirtschaft« die »intelligente Privatisierung« und der moderate Umgang mit gesellschaftlicher Armut.

Das grüne Milieu ist ökologisch und bürgerrechtlich orientiert. Der lange Weg der »Grünen« von einer Anti-Parteien-Partei mit einer strikten Ausrichtung auf Frieden und Ökologie endet in ihrem Funktionswandel zu einer staatstragenden Säule der bürgerlichen Hegemonie. Bei entsprechender parteipolitischer Umsetzung kann die Partei der »grünen Marktwirtschaft« und eines grünen Rechtsstaatsverständnisses die FDP in den Rang einer neoliberalen Sekte herabstufen.

Die neue Koalition in Hamburg ist zunächst auch ein Testfall. Erst nach ersten Erfahrungen mit der effektiven Regierungspraxis werden die Beteiligten entscheiden, ob die neue Konstellation ein »Modell« für andere Bundesländer oder

die Bundesebene nach den Wahlen 2009 ist. Mit dem Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün werden kleine Schritte in Richtung ökologischer Modernisierung angekündigt und die größten von der CDU zu verantwortenden Fehlentwicklungen bei sozialer Spaltung; Bildung, Privatisierung und Demokratie korrigiert. Mit einem Politikwechsel hat das nichts zu tun. Die zaghaften Versuche etwas gegen die soziale Spaltung zu machen, drohen zudem unter dem Diktum der Haushaltszwänge ins Gegenteil umzuschlagen. Die Aufgabe der Linken besteht darin, die Politik von Schwarz-Grün kritisch zu begleiten, über ihre Implikationen und Folgen aufzuklären und vor allem die eigenen Vorstellungen für einen Politikwechsel – gegen soziale Spaltung, für Rekommunalisierung, Eine Schule für alle und mehr Demokratie – in die politische Auseinandersetzung einzubringen.

Joachim Bischoff ist Abgeordneter der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft, Bernhard Müller ist einer der SprecherInnen der LINKEN in Hamburg-Altona.

Termine & Kontakte

13.5. DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Ort: Im Turm – Bergiusstr. 12 neben dem Lederladen
Zeit: 19.30 Uhr

15.5. Rotes Altona

Ort: Im Turm – Bergiusstr. 12 neben dem Lederladen
Zeit: 19.30 Uhr

16.5. Treffen der Delegierten für den Landesparteitag

Ort: Am Felde 2, 22765 Hamburg-Altona
Zeit: 18.00 Uhr

17./18.5. Landesparteitag DIE LINKE.Hamburg

Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg in der Mengestraße 20

19.5. DIE LINKE. Altona Mitgliederversammlung

Ort: Im Turm – Bergiusstr. 12 neben dem Lederladen
Zeit: 19.30 Uhr (Einladung siehe Rückseite)

21.5. Kurdistan-Veranstaltung

Ort: Werkstatt 3, Nernstweg 32-34
Zeit: 19.30 Uhr

24./25.5. Bundesparteitag DIE LINKE

Ort: Cottbus

29. 5. Bezirksversammlung Altona

2.6. DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Ort: Am Felde 2
Zeit: 19.30 Uhr

13.-15.6. Altonale

16.6. Mitgliederversammlung

Ort: Am Felde 2
Zeit: 19.30 Uhr

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Kontakt:

Stefan Ziefle, Tel.: 040-3861 25 42

Marcel Bois, Tel.: 040-43 27 28 61

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Nächstes Treffen: 27.5.2008

Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstand 38

Zeit: 19.00 Uhr

Kontakt:

Susanne David, Tel.: 040-560 57 26

Dirk Kölsche, Tel.: 040-28 78 16 72

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Kontakt:

Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt/Ottensen

Nächstes Treffen: bitte erfragen

Kontakt:

Michael Sauer, Tel.: 040-380 68 89

Mitglieder- versammlung



An die Mitglieder
DIE LINKE. Bezirksverband Altona

Einladung zur Mitgliederversammlung

Montag, den 19. Mai 2008, Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Im Turm - Bergiusstr. 12 neben dem Lederladen

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung/Diskussionsleitung/Protokoll
2. Beschlussfassung Tagesordnung
3. Bericht Kassenprüfer über Zeitraum 30.6.2007 bis 12.4.2008
4. Entlastung des alten Vorstands, insbesondere des Schatzmeisters für den Zeitraum 30.6.2007 bis 12.4.2008
5. Debatte: Schwarz-Grün und Schlussfolgerungen
6. Bundesparteitag
7. Berichte Bezirksvorstand + Bezirksfraktion
8. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß (Tel.: 0174/610 23 95)
Bernhard Müller (Tel.: 0160/92 31 64 71)
Gerd Lauermann (Tel.: 0163/634 51 84)